

**Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen****Ökonomische und ökologische Verantwortung übernehmen: Ergebnisoffenes Prüf- und Moderationsverfahren für geplantes Kohlekraftwerk!**

Ziel der Regierungskoalition ist es, das Land Bremen zu einem Kompetenzzentrum des Nordens für Energieeinsparung, erneuerbare Energien, effiziente Energieerzeugungs- und Energiebenutzungstechniken sowie Klimaschutz zu machen. Dabei soll auf vorhandene Stärken aufgebaut werden. Die Sicherung und Schaffung von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen ist dabei von herausragender Bedeutung.

Die swb AG plant zurzeit den Ersatz alter Kraftwerksanlagen durch den Bau eines neuen Kohlekraftwerks im Grundlastbereich. Dieses Vorhaben hat erhebliche ökologische und ökonomische Folgewirkungen für die Region. Das Projekt hat Auswirkungen auf die Situation in der Bundesrepublik bezüglich der CO<sub>2</sub>-Emissionen, berührt die Frage eines notwendigen zukunftsfähigen Umbaus der Energieversorgung und der Versorgung mit Grundlaststrom.

Die bisherige Erzeugungskapazität in Bremen entspricht der Höhe der Stromnachfrage von gewerblichen und privaten Kunden im Land. Zwei Drittel des in Bremen erzeugten Stroms entfallen dabei allein auf zwei Unternehmen: die Stahlwerke und die Deutsche Bahn. Das restliche Drittel entfällt auf kleinere Betriebe und private Haushalte. Der Neubau des Kohlekraftwerks würde zu einem CO<sub>2</sub>-Ausstoß von 4,3 Mio. t jährlich führen.

Vor diesem Hintergrund besteht eine erhebliche Skepsis, ob das geplante Vorhaben mit den Klimaschutzzielen der Bundesregierung und der Europäischen Union in Übereinstimmung zu bringen und alternativlos ist. Jeder Aufbau neuer Erzeugungskapazitäten muss im Ergebnis einen dauerhaften Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels leisten.

Eine verantwortungsorientierte Klimapolitik angesichts des für die Menschen bereits spürbaren Klimawandels muss sich bei der Beurteilung einer künftigen Energieerzeugung fragen, welche Auswirkungen sie auf die regionale und die nationale CO<sub>2</sub>-Bilanz hat, wie die beschlossenen mittel- und langfristigen nationalen Klimaschutzziele (- 40 % bis 2020 und - 80 % bis 2050) damit zu vereinbaren sind, und welche ökonomischen Auswirkungen hinsichtlich Beschäftigung und Wertschöpfung zu erwarten sind. Die Regierungskoalition hat sich auf ein entsprechendes ergebnisoffenes Prüf- und Moderationsverfahren verständigt.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, ein ergebnisoffenes Prüf- und Moderationsverfahren mit energiewirtschaftlichen und Klimaexperten unter Einbeziehung der swb AG durchzuführen, wobei Institutionen und betroffenen Verbänden in Form von öffentlichen Anhörungen Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden soll.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) geht davon aus, dass das Verfahren bis zum 31. Oktober 2007 mit einem Lösungsvorschlag abgeschlossen und zu einer Senatsbefassung geführt wird.

Karin Garling,  
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Dr. Maike Schaefer,  
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen